

Notizen für frei zu haltenden Vortrag. Variante II. Auswahl der anzusprechenden Themen vor Ort nach situativ im Tagesverlauf deutlich werdenden Prioritäten.

Demokratische Atommüllpolitik – was wäre das?

I

- Ich will kein Holz in den Wald tragen und schon gar nicht auf einer Tagung der Umweltverbände umständlich begründen, warum eine demokratische Atommüllpolitik anzustreben ist.
- Wir dürfen davon ausgehen, dass die allermeisten, wenn nicht alle Akteure der atommüllpolitischen Diskussion – wenn man sie danach fragte – klar bekundeten: Klar, selbstverständlich bin ich/sind wir für eine demokratische Atommüllpolitik.
- Es gibt auch kein Mangel an Konsens-Ziel-Rhetorik bzw. freundlicher gesagt Konsens-Ziel-Bekanntnissen.
- Vor den atommüllpolitischen Verständigungserfolgen, um die es uns geht, liegt aber die Hürde demokratiepolitischer Verständigungserfolge. Die Situation ist ernster als viele es sehen, wenn sie über „Pokern“, Boykottieren usw. plaudern.
- **Das Feld der atommüllpolitischen Kontroverse ist im Kern ein Feld kontroverser Demokratie- und Politikverständnisse.**

In einem kritischen Beitrag zur Gestaltung von Prüfprozessen in Gorleben, in der Zeit, als mit den Bohrungen begonnen werden sollte, habe ich 1979 im SPIEGEL¹ geschrieben:

¹ DER SPIEGEL Nr. 11/1979

„Die Krise der Demokratie kommt nicht über die Komplexität der technologischen Prozesse oder strittiger Aussagen von Fachleuten. Sie kommt im falschen Vertrauen auf eine technologische Evidenz, die die Menschen nicht finden können und dennoch akzeptieren sollen.

Aber wer will das?“

Ich hatte mir damals, aufgeschreckt durch die sehr schnell eintretenden Fehlentwicklungen in Gorleben nicht vorstellen können, dass sehr viele Politiker an sehr vielen falschen Prüfprozessen festhalten könnten. Nun sind wir mit dem Ansinnen konfrontiert, ein Gesetz zu evaluieren, welches – so lese ich es – nicht an essenziellen Einsichten und Geboten einer rationalen Politik orientiert ist.

So wie entsprechende Gesetze und Konzepte zum Ausbau der Kernenergie, zum Bau von Leichtwasserreaktoren, zum Bau eines Schnellen Brüters und einer Wiederaufbereitungsfabrik gescheitert sind, so wird auch dieses atommüllpolitische Konzept scheitern, welches sich einer Reflexion gesellschaftlicher Verständigungsaufgaben und -prozesse im Lichte ihrer wissenschaftlichen Erarbeitung verweigert.

Jeder Versuch, Evidenz vorzugaukeln, wo keine wissenschaftlich begründete Evidenz vorhanden ist, wird scheitern oder die Gefahr mehren, die 1979 schon anzusprechen war, dass Gorleben und die Atommüllpolitik unsere Demokratie verändert. Zum Negativen hin. Genauer: Zur Erfahrung verfehlter demokratischer gesellschaftlicher Politikfähigkeit.

Diese aber brauchen wir immer mehr: je mehr wissenschaftlich-technisch geprägte Themen wir haben, desto mehr brauchen wir Demokratie, freilich eine weiter entwickelte, die an den spezifischen Aufgabentypen orientiert ist, die wir zu erkennen und zu adressieren haben. Es geht eben (anders als zum Beispiel Michael Sailer sagt, wenn er von den „wissenschaftlichen Kriterien“ spricht, um die es angeblich ginge, wenn jetzt in einer Kommission Kriterien für die weitere Vorgehensweise entwickelt werden sollen) nicht um wissenschaftliche Kriterien sondern um Kriterien, an denen wir unser Vorgehen in der Atommüllpolitik orientieren können. Diese Kriterien erarbeiten wir aus guten

Gründen mit WissenschaftlerInnen diverser Disziplinen, aber immer auch in dem Wissen, dass sie orientierende Kriterien deshalb sind, weil sie normative Komponenten enthalten, die nicht aus reiner Wissenschaft abgeleitet werden können. Wie sicher ist sicher genug? Diese Frage begleitet uns bei jeder Entwicklung jedes Kriteriums und wir tun gut daran, diese Kriterien unter Nutzung des ENTRIA- und weiterer Wissensressourcen zu erarbeiten.

Die StandAG-Konzeption² ist ein untauglicher Versuch, an diesen Einsichten vorbei schnell zu einem Weg zu kommen, den es nur gäbe, wenn wir Rationalitäts- und Demokratieansprüche aufgäben. Aber warum sollen wir das?

Die aktuelle Auseinandersetzung über den richtigen Weg im Umgang mit atommüllpolitischen Herausforderungen ist Teil der größeren, die wir in der Ära der Ökologie seit vielen Jahrzehnten **zur Entwicklung unserer demokratischen gesellschaftlichen Politikfähigkeit führen – führen müssen, weil demokratische Politikfähigkeit für Themen, in denen es aus ethischen und/oder praktischen Gründen um große Verständigungserfolge, um breit getragene längerfristige Orientierung geht – wie zu lernen ist – nur mit einer neu entwickelten gesellschaftlichen Politikfähigkeit und nicht im ancien régime einer Politikerpolitik zu gewinnen ist.**³

In seinem Buch Die Ära der Ökologie spricht Radkau in einer Zwischenbetrachtung von der „Essenz von Umweltproblemen“

Die in der Klimapolitik wie in der Energiepolitik und eben auch in der Atommüllpolitik anzustrebende breite und langfristige Verständigung ist nur erreichbar, wenn wir aus dem ancien régime der Politikerpolitik herauskommen und ein neues kooperatives Leistungsniveau im Umgang mit unterschiedlichen Vorstellungen und Konzepten und Optionen erreichen. Dass dies möglich ist, hat die Enquete-Kommission „Zukünftige

² Also die Konzeption des StandAG, des am 23. Juli 2013 beschlossenen und bislang nicht veränderten oder aufgehobenen „Gesetz(es) zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle und zur Änderung anderer Gesetze“ (Standortauswahlgesetz „StandAG“)

³ Joachim Radkau: Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011 (die Zwischenbetrachtung zur Essenz von Umweltproblemen finden wir auf den Seiten 391ff).

Kernenergiepolitik“ 1979/80 gezeigt. Dass deren Methodik von den Akteuren der positionellen Akteure nicht verstanden oder nicht geschätzt wurde, haben wir in den folgenden Jahrzehnten erlebt. Es hat deshalb sehr viel mehr Jahre gedauert, bis wir zu einer Energiewende kamen und das bislang auch nur im prinzipiellen Entschluss. Die Klimapolitik wäre auch ganz anders aufgestellt, wenn wir seit 1980 kontinuierlich ein Maximum an Energieeinsparungen und Beiträgen zur Nutzung erneuerbarer Energieträger – wie von der Enquete-Kommission empfohlen – angestrebt hätten.

Wir haben das von den Themen her gebotene kooperative Leistungsniveau in unserem Politikbetrieb noch nicht erreicht, wohl aber verstanden, dass wir es entwickeln müssen.

Derzeit noch **drei Denkweisen** (kurz typisiert):

- I. demokratische gesellschaftliche Verständigungsprozesse, orientiert an Verständigungsaufgaben, die zusammen mit WissenschaftlerInnen systematisch erarbeitet werden,
 - II. transformative Wissenschaft (WBGU und andere), die der Wissenschaft eine stärker führende, tendenziell stärker entscheidende Rolle zuschreiben (z. B. WBGU 3. Kammer, Vetorecht gegenüber dem Deutschen Bundestag in zukunftspolitischen Themenfeldern) und viel Partizipation,
 - III. weiter so, aber mit mehr Partizipation über VertreterInnen gesellschaftlicher Gruppen (die etwas einbringen sollen, was sie nicht mitbringen können) und viel Bürgerbeteiligung in Form einer Zielerreichungsbeteiligung mit viele Unterrichtung, viel Gelegenheiten zu Stellungnahmen, die durch Ämter ausgewertet und nach Gusto der Ämter berücksichtigt werden (vgl. §9 StandAG). So lese ich das Modell der StandAG-Konzeption.
- So wir in der Sache – also im technischen und soziotechnischen Umgang mit dem Atommüll einen gesellschaftlichen Konsens erreichen wollen, werden wir vorher einen Konsens über die Prinzipien eines guten politischen Umgangs mit dieser Thematik erreicht haben müssen.
 - Diejenigen, die den Umweltverbänden einen „Boykott“ der StandAG-Kommission oder eine Politik der „leeren Stühle“

attestiert haben, mögen überlegen, ob dies nicht vorschnelle Urteile waren. Und diese Journalisten und Politiker sollten sich lieber an der Diskussion der Frage beteiligen:

- Warum sind unsere Demokratie- und Politikverständnisse so verschieden, so kontrovers?
- Was sagt es uns, dass sie unvereinbar und auch ohne Raum für Kompromisse sind, so wie früher diejenigen, die für das freie, allgemeine, gleiche aktive und passive Wahlrecht gestritten haben, keine Kompromisse eingehen konnte, nach dem Motto „Ok, dann eben nur für Männer oder nur für Steuerzahler ...“.

Wir haben eine Chance, die in der Sache gebotenen Entwicklungsprozesse unserer Demokratie und die Klärungsprozesse zu der atommüllpolitischen Herausforderung gemeinsam anzugehen, diese Chance gilt es zu nutzen, auch mit dieser Tagung.

II

1. Es lässt sich zeigen, dass alle erkennbaren Dissens und Konflikte im Feld der Atommüllpolitik immer auch unterschiedlichen Demokratie- und Politikverständnissen und unterschiedlichen Verständnissen vom richtigen Umgang mit komplexen Kontroversen zugeordnet werden können. Wir treffen auf diverse kontroverse atommüllpolitische Positionen und mit ihnen auch auf sehr unterschiedliche Vorstellungen, wie die Prozesse strukturiert werden sollten, mit denen eine umsetzbare Atommüllpolitik erreicht wird. E i n e davon ist das Modell der Politikerpolitik des StandAG. E i n e, nur eine, auch wenn es auf dem Vorblatt hieß „Alternativen: Keine“.
Wir streiten also mit Leuten, die ihre Politik für alternativlos halten. Das ist uns in der Geschichte der Kernenergiepolitik vertraut.

Als ich im Herbst 1976 mit dem Ziel, für ein Leben ohne Kernenergie zu arbeiten, im Bundestag meine Arbeit aufnahm, wusste ich auch nicht, ob es überhaupt fünf oder zehn Mitglieder des Parlaments

gäbe, die z. B den schnellen Brüter kritisch sehen könnten.

2. In der Kontroverse über das StandAG sehen sich die KritikerInnen dieses Gesetzes und der Vorstellung guter Atommüllpolitik, an dem es sich orientiert eine üGroKo, einer übergroßen Koalition, gegenüber. Auch das ist in der Geschichte der Atomenergie-Politik aber nicht Ungewöhnliches.

In einer solchen Situation wurde/habe ich die Idee der Enquete-Kommission, der ersten energiepolitischen mit dem unglücklichen Namen „Zukünftige Kernenergiepolitik“ entwickelt ...

Diese Kommission steht für die Erfahrung, dass es möglich ist, einen rationalen, verständigungsorientierten im Umgang mit komplexen Kontroversen im Parlament zu erreichen. Orientiert an nicht beliebigen kooperativen Leistungszielen und den mit ihrer Beachtung erkennbare Verständigungsaufgaben.

3. Mit den nicht beliebigen kooperativen Leistungszielen kann ich eine kurze Antwort auf die komplexe Frage „Demokratische Atommüllpolitik – was wäre das?“ geben. Der rote Faden dieser Antwort ist die Orientierung an Verständigungsaufgaben, an Prozessen, mit denen gesellschaftliche Verständigungsaufgaben erkundet, entdeckt, ausgearbeitet, vermittelt werden.

Dass dies nicht nur die Atommüllpolitik nicht hinreichend prägt, verweist auf die Dramatik der Situation. Verständigungsaufgaben werden in einer Gesellschaft erkundet und in politische Verständigungsprozesse überführt, denen solche Verständigungsprozesse nicht lästig sind, sondern in der sie angestrebt werden, eben in einer DEMOKRATIE.

Rückblick auf Krise der gesellschaftlichen Politikfähigkeit in der Ära der Ökologie

4. Ein Schlüsselthema für demokratische Technologiepolitik im Umgang mit transwissenschaftlichen Fragen ist eine Wissensbasierung der Politik und eine politikorientierte Wissensaufbereitung, wenn es um Wissen über politische Handlungsalternativen, deren Architektur und Implikationen geht.

Mit dem auf fünf Jahre angelegten Forschungsprogramm ENTRIA

haben wir in der über Jahrzehnte falsch angelegten Atommüllpolitik erstmals einen – ich sage es vorsichtig, will nicht zu optimistisch den Arbeitsprozessen vorgreifen, wohl aber die Aufgabenstellungen tendenziell positiv würdigen – haben wir erstmals einen anspruchsvollen Versuch, die im Raume stehenden alternativen Wege des Umgangs mit dem Atommüll wissenschaftlich in der gebotenen inter- und transdisziplinären Dimension aufzubereiten und in öffentliche Verständigungsprozesse einzubringen. Darüber ist bislang öffentlich zu wenig gesprochen worden und dem StandAG ist nicht anzusehen, ob sich seine Verfasser überhaupt mit dem Stand es Wissens und ENTRIA beschäftigt haben.

Entweder ist dieses Wissen über ein zu entwickelndes Wissen über den Umgang mit Atommüll an ihnen vorbei gegangen (obwohl die Forschungsplattform durch Wissenschaftspolitik finanziert wird) oder aber – das wäre noch dramatischer – das Wissen über diesen Entwicklungsbedarf des Wissens wurde schlicht verdrängt, um ein windschnittiges StandAG verabschieden zu können, welches – in den Worten von Sigmar Gabriel – nur einen „vertretbaren Zeitverlust“ herbeiführen sollte.

Wie soll man es verstehen, dass eine große Parlamentsmehrheit in dem Jahr, in dem dieses Forschungsprogramm aufgelegt wird, gleichzeitig eine Kommission in ein Gesetz einbaut, die Ende 2015 Arbeitsergebnisse vorlegen soll, die man nur erarbeiten kann, wenn man mindestens das Wissen hat, das in diesem ENTRIA-Forschungsprojekt über fünf Jahre erarbeitet werden soll?

- **Demokratie steht nicht nur für ein normativ vorzugswürdiges System, für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, die ihre Entscheidungen zum politisch Vorzugswürdigen findet, indem alle beteiligt sind und alle staatliche Gewalt vom Volke ausgeht.**
- **Demokratische gesellschaftliche Politikfähigkeit ist unser Umgang mit Alternativen. Wo Alternativen ignoriert, verdrängt, übersehen oder wider besseres Wissens dementiert werden, ist Demokratie und Politikfähigkeit bedroht.**

- **Demokratie heißt, dass BürgerInnen/Abgeordnete diese Alternative verstehen und beurteilen können.**
- **In der Atommüllpolitik (und nicht nur in ihr in der Ära der Ökologie) haben wir seit der Verabschiedung des Atomgesetzes erlebt, wie versucht und verfolgt wurde, anders vorzugehen:**
- **Statt Politik dominierte ein angeblicher Sachverstand, der Politik überflüssig machen sollte.**
 - **„Die Kernenergie-Entwicklung pflegte in der Bundesrepublik bis weit in die 70er Jahre als Nicht-Politikum, als durch Sach-Rationalität bestimmtes Feld und reine Angelegenheit der Experten präsentiert zu werden.“**
 - **Statt Alternativen gab es die Entwicklungslogik (wachsende Wirtschaft, wachsender Strombedarf, wachsender nuklearer Strombedarf usw.) dieser Denkweise verdanken wir auch das Atommüll-Problem.**
- **Diese Atomenergie-„Politik“ musste Widerspruch und Widerstand finden und hat Widerspruch und Widerstand gefunden. Es ist die Stärke der Demokratie aus Widersprüchen Stärke zu gewinnen.**
- **In der Arbeit der Enquete-Kommission 1979/80 haben wir erfahren, dass es auch anders möglich ist, mit Alternativen umzugehen. Weil ich danach gefragt worden bin, mit der Einladung, sage ich: ja, ...**

Wir brauchen auch in der Atommüllpolitik einen solchen Arbeitsprozess wie er in der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ 1979/80 möglich war. In seiner Grundstruktur. Und ergänzt um Einsichten, die wir durch die Rezeption der Ergebnisse der ersten energiepolitischen Kommission gewonnen haben.

Das ist meine These, die ich nun in einigen wenigen weiteren Minuten konkretisiere und vielleicht auch gut begründe.

III

Zur Methodik verständigungsorientierter Politik im Umgang mit komplexen Alternativen

Wer die Kernenergiepolitik über die letzten Jahrzehnte erlebt oder studiert hat, der weiß:

der Grundfehler war immer wieder der Versuch, auf eine angeblich gegebene, wissenschaftlich begründbare Evidenz zu setzen, Zustimmung für ein angeblich alternativloses Vorgehen zu erwarten

- So war es 1959 mit dem verabschiedeten Atomgesetz (verkannt wurde, was der Atomphysiker Hans Thirring 1952 geschrieben hatte: Die Nutzung der Kernenergie sei erst dann zu verantworten, wenn die Möglichkeiten der Solar- und Wasserenergie gänzlich erforscht und ausgeschöpft seien.⁴⁾)
- Es gilt weiter für all die Energieprogramme mit großen Ausbauzielen oder Ausbauprognosen für Leichtwasserreaktoren
- für ein nukleares Entsorgungszentrum in Gorleben mit der weltweit größten Wiederaufbereitungsanlage der zivilen Kernenergienutzung
- mit dem Brutreaktor in Kalkar ...

Diese Politik hatte immer ihre umfangreiche „wissenschaftliche“ Begründung und war über Jahrzehnte von einer breitesten Mehrheit im Parlament getragen.

Mit der „Alternativen: keine“-Denkweise, sprich mit TINA, there is no alternative, sind wir in die Misere der Kernenergiepolitik gekommen. Es ist mehr als irritierend, für das letzte große offene

⁴⁴ Radkau 83, 88

atompolitische Thema „Was tun wir mit dem hochradioaktiven Müll?“ jetzt noch einmal einen letzten Versuch zu erleben, sich am Wissen über Alternativen vorbei zu mogeln. Für die Betreiber dieser Politik ist das schlicht eine Torheit. An jedem potenziellen Standort, wo sie auflaufen, werden sie auf Widerstand stoßen. Nicht nur der Menschen aus den Standortregionen, sondern aller Bürger, die einen irrationalen Prüfprozess nicht akzeptieren können.

- Mit der Einladung zu dieser Tagung war ich gebeten worden, insbesondere Erfahrungen aus der Arbeit der Enquete-Kommission einzubringen, die mit einer relativ großen Mehrheit (12:3) alles wesentlichen Empfehlungen zur Energie- wie auch zur Kernenergiepolitik formuliert hat, und das bei einer Zusammensetzung, mit der zehn der 15 Mitglieder als dezidierte Kernenergiebefürworter galten und fünf nur als Skeptiker und Kritiker. Die fünf waren aber Teil der großen breiten Mehrheit.
- Wir können diese Antwort aus dem Arbeitsprozess der genannten Enquete-Kommission herauslesen – und aus ihren Ergebnissen. Das kann hier nur in Kürze angesprochen werden.
- Die Ergebnisse haben 1980 alle überrascht, die von einer Kommission mit 15 Mitgliedern (darunter zehn erklärte Befürworter der Kernenergienutzung und fünf Skeptiker und Kritiker) ein 10:5-Votum erwartet hatten; das waren nicht wenige.
- Stattdessen wurden alle wesentlichen Empfehlungen mit 12:3 verabschiedet und die fünf Kernenergieskeptiker und -kritiker waren bei der Mehrheit.
- Der intensive Arbeitsprozess dieser Kommission steht für die Möglichkeit eines gelingenden Umgangs mit komplexen Kontroversen, mit dem Verständigungsaufgaben systematisch erkundet und mit breiten Mehrheiten beantwortet werden.
- Wenn die Bundesregierung und andere den strategischen Empfehlungen zum Energiesparen und zur Nutzung erneuerbarer Energieträger dieser Kommission gefolgt wären, hätten wir in Deutschland die Energiewende schon in den frühen 80er Jahren

beschlossen und eingeleitet. Aber weder die damals amtierende Bundesregierung von Helmut Schmidt, noch die 1982 folgende von Helmut Kohl ist den Empfehlungen der Enquete-Kommission gefolgt. Die Kommission hatte erstmals (erstmalig 1979/1980) alternative Energiezukünfte mit und ohne Kernenergienutzung untersucht und für die praktische Energiepolitik eine Strategie für die nächsten zehn Jahre vorgeschlagen, denen Kernenergiekritiker und auch die Kernenergiebefürworter zustimmen konnten, die das legitime prioritäre Interesse an einem Versuch anerkennen konnten, die Nutzung der Kernenergie durch Energiesparen und erneuerbare Energieträger vermeiden zu können.

- Für uns wichtig ist der kooperative Arbeitsprozess, mit dem dieser Verständigungserfolg erzielt wurde. Die Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ hat 1979/80 erstmals in einer staatlichen Institution in Deutschland Energiezukünfte mit und ohne Kernenergie aufgezeigt, also das Spektrum der energiestrategischen Entwicklungsmöglichkeiten. Dies wurde in vier Szenarien vorgestellt, für das vierte Szenario konnten wir die Vorarbeiten aus dem Öko-Institut nutzen, die kurz darauf später in dem Energiewende-Buch veröffentlicht wurden.
 - Heute warten wir auf die erste systematische Ausarbeitung alternativer Entsorgungsoptionen. Am 27. April 2013 fand das erste ENTRIA-Projekttreffen statt. Vielleicht dürfen wir (optimistisch gesehen) 2018 mit ENTRIA erstmals Entsorgungsoptionen so gut herausgearbeitet erwarten, um sie politischen Bewertungsprozessen zuführen zu können. Dass dieses Problem der zeitlichen Strukturierung im Zusammenhang mit der Erarbeitung und Diskussion des StandAG bislang (wenn überhaupt) so wenig betrachtet und reflektiert und zeitlich strukturiert wurde, zeigt auf, wie man sich in der Architektur des StandAG vorgestellt hat, Kriterien ohne Kenntnis dessen entwickeln zu können worauf die Kriterien bezogen sind.
- Wichtig (für die Reflexion von Kommissionsarbeit) ist auch die Reflexion der Erfahrung, dass das Paket der

Kommissionsempfehlungen von den Bundesregierungen Schmidt und Kohl schlicht nicht anerkannt und übernommen wurde.

- Verständigungserfolge setzen voraus, dass (und das ist eine schwierige Aufgabe) zuerst einmal (zuerst, Reihenfolge!) Verständigungsaufgaben erkundet, ermittelt, genau analysiert und verständlich aufgeschrieben und vermittelt werden.

- Dabei geht es um nicht beliebige kooperative Leistungsziele, an diesen kooperativen Leistungszielen müssen sich alle Beteiligten orientieren. Jedenfalls dann, wenn wir mit komplexen, technisch-wissenschaftlich-ethisch geprägten politischen Herausforderungen umgehen wollen. Die nicht beliebigen kooperativen Leistungsziele zielen auf
 1. ein möglichst weithin wahrgenommenes Bild der Herausforderungen – also mit einer Wahrnehmung nicht nur durch die Sehschlitze bestimmter Positionen.
 2. ein möglichst weithin geteiltes Verständnis der komplexen Alternativen, die politisch zu beurteilen sind.
 3. ein möglichst weithin geteiltes Verständnis der Ziele / Werte / Kriterien, die uns orientieren können, wenn wir die vorzugswürdige Vorgehensweise ermitteln und verfolgen wollen und
 4. ein möglichst weithin geteiltes Verständnis der Dissense, also ein Wissen darüber, warum wir zu kontroversen Beurteilungen kommen, wenn wir z. B. technische Barrieren gegen Vertrauen in Überwachungsmaßnahmen oder Prognosen von Geologen über Hunderttausende von Jahren in ihrer Vertrauenswürdigkeit beurteilen wollen.
 5. Mit den Ergebnissen dieser vier zielorientierten Arbeitsprozesse verbessern wir unser SEHEN und können – orientiert am 5. Leistungsziel – Verständigungsaufgaben ausarbeiten. Also Antworten auf die Frage: Worüber ist eine Verständigung anzustreben?

Kurze Erläuterung der fünf Leistungsziele

Zu 1:

- Das Bild der Herausforderungen darf nicht aus der Sicht einer Position erfolgen (z. B. aus der Position derer, die eine tiefen geologische Endlagerung mit Rückholbarkeit für die einzig erwägenswerte Vorgehensweise halten).
- Die Summe der Positionen $\Sigma P_{1, 2, 3, 4, \dots}$, die wir in einer komplexen Kontroverse zur Atommüllpolitik vorfinden, vermittelt ein Bild von kontroversen Antworten auf unterschiedlich gestellten Fragen, aber kein Bild der im Raume stehenden Entsorgungsoptionen.
- Jede abwägende Betrachtung zur vorzugswürdigen Vorgehensweise im Umgang mit dem Atommüll setzt eine gesellschaftlich breit vermittelte Kenntnis der im Raume stehenden alternativen Optionen voraus. Mit dem Bild der Herausforderungen wird deutlich, dass wir sie mit diesem Bild noch nicht haben und ohne dieses Bild verstehen viele auch nicht, warum sie erarbeitet werden sollten.⁵

Zu 2: Die komplexen entsorgungspolitischen Optionen

- liegen bislang nicht systematisch ausgearbeitet vor,
- der AKEnd und andere haben, orientiert an bestimmten Vorgaben oder eingrenzenden Vorabfestlegungen, den tiefen geologischen Ansatz reflektiert, dies ist aber auch nicht in Ansätzen ein Versuch, das Feld der atommüllpolitischen Optionen zu erfassen.
- Mehr als Ansätze, ein work in progress ist die Forschungsplattform „Entsorgungsoptionen für radioaktive Reststoffe: Interdisziplinäre Analysen und Entwicklung von Bewertungsgrundlagen (ENTRIA).

Das Forschungsprojekt ENTRIA steht für

⁵ Als wir 1979/80 die vier Energiezukünfte erarbeiteten, haben viele lernen müssen, dass dies kein intellektuelles Glasperlenspiel war, sondern höchst wichtig, um politische Aufgaben erkennen zu können.

Entsorgungsoptionen für radioaktive Reststoffe.
Interdisziplinäre Analysen und Entwicklung von
Bewertungsgrundlagen. In diesem Forschungsverbund
technisch und gesellschaftswissenschaftliche sowie
juristischer und philosophischer Kompetenzen werden
drei Entsorgungsoptionen einer wissenschaftlichen
Bearbeitung und Erhellung zugeführt.

- Endlagerung in tiefen geologischen Formation
ohne Vorkehrungen zur Rückholbarkeit
(„Wartungsfreie Tiefenlagerung“),
- „Einlagerung in tiefen geologischen Formationen
mit Vorkehrungen zur Überwachung und
Rückholbarkeit und
- Oberflächenlagerung“ (letzteres würde ich lieber
als „Oberflächen- bzw. oberflächennahe
Lagerung“ bezeichnet sehen, oder noch besser
wie in der Schweiz „Hüterkonzepte“).

Mit dem 116 Seiten starken Forschungsprogramm von
ENTRIA werden wir (= best case-Annahme), so die
Arbeiten dann die angestrebten Ergebnisse zeitigen,
erstmal einen Kenntnisstand zu den komplexen
entsorgungspolitischen Alternativen haben. Ob er
hinreichend ist, um daraus gesellschaftliche
Verständigungsaufgaben abzuleiten oder diese mit den
Vorarbeiten schon konturiert sind, werden wir sehen. Wir
müssen auch nicht befürchten (so mein Eindruck), dass
die WissenschaftlerInnen von den ENTRIA-Gruppen als
Ersatz für gesellschaftliche Verständigungsprozesse
Empfehlungen für einen bestimmten Weg zum Umgang
mit dem Atommüll zu geben versuchen werden. Hier
entsteht also etwas, was genutzt werden kann und
genutzt werden möchte. Die WissenschaftlerInnen haben
deutlich bekundet: Die Plattform legt sich weder auf
Entsorgungskonzepte, noch auf konkrete Standorte fest.⁶
Es werden also Vorarbeiten für politische Beratungs- und
Entscheidungsprozesse geleistet.

⁶ Forschungsprogramm der Plattform, S. 25

Unter Ausblendung von Verständigungsaufgaben besteht im Politikbetrieb der positionellen Politik immer die Gefahr, dass Akteure der positionellen Politik sich aus den wissenschaftlichen Arbeiten die Erkenntnisse herauspicken, die für ihren Weg nutzbar sind.

Demokratische Atommüllpolitik würde hingegen diese Forschungsergebnisse aufnehmen, um mit ihnen die erkennbaren gesellschaftlichen Verständigungsaufgaben zu entwickeln.

Es ist ein Rätsel, wie die Akteure der Regierung und in den Parlamentsfraktionen zeitgleich ein StandAG-Konzept entwickeln und Forschungsgelder für ein großes fünfjähriges wissenschaftliches Projekt bewilligen, ohne das dies zusammen passte.

Es würde zusammenpassen, wenn man die Kommission nur als standortsuchprozessorientierte Kommission zu verstehen hätte, als nur für tiefengeologisch orientierte Optionen – und nicht zur Aufbereitung und Klärung atommüllpolitischer Verständigungsaufgaben im Lichte aller Entsorgungsoptionen.

- **Wer die Forschungsergebnisse nicht abwarten kann,**
- **wer Kriterien für einen vorzugswürdigen Weg schon (wie in der Zeitplanung des StandAG) festgelegt sehen will, bevor wir diese Wege hinreichend gut kennen, könnte dies als Wissenschaftler (in einer gemischten Kommission wie die im StandAG konzipierten) nicht wissenschaftlich begründen.**
- **Aber auch für einen politischen Akteur ist dies nicht gut begründbar.**

Wer so etwas versucht, gehört zu den Politikern des ancien régime, der es auch nach Jahrzehnten nicht verstanden hat, wie wir mit der Kernenergieentwicklung immer wieder in

Sackgassen gekommen sind. Für jede Fehlentwicklung gab es umfangreiche wissenschaftliche Gutachten. Der Weg in die Nutzung der Kernenergienutzung und das Verfolgen einer Plutoniumökonomie mit Wiederaufbereitungsanlagen und Schnellen Brütern war alternativlos auf den Weg gebracht worden. Der Grundfehler dieser Pseudopolitik (Pseudopolitik, weil sie sich nicht im Kontext einer Reflexion von Alternativen argumentativ ausweisen konnte), der Grundfehler war immer die fingierte Evidenz, die vermeintliche Klarheit des gebotenen, die aber Bürgerinnen und Bürgern schlicht nicht einleuchten konnte.

Ich sehe das StandAG in der Kontinuität dieser Politik. Es ist eine untaugliche Alternative zu einer demokratischen Atommüllpolitik.

Mit ihr müssten

- zuerst einmal die Verständigungsaufgaben herausgearbeitet werden,
- dann breite gesellschaftliche Diskussionsprozesse durchgeführt werden, um Verständigungserfolge zu erzielen, und
- erst dann politische Entscheidungen über den Weg und die handlungsleitenden Kriterien festgelegt werden.

Die Entsorgungskommission vertritt die These/argumentiert für die These, dass „die Endlagerung in tiefen geologischen Formationen ... unter den derzeitigen Entsorgungsmöglichkeiten die zuverlässigste Lösung für die Entsorgung langlebiger radioaktiver Abfälle (sei), um die Sicherheit zukünftiger Generationen vor den radioaktiven Abfälle für die geforderten Zeiträume von bis zu einer Millionen Jahre nachzuweisen.“ (ESK-Ausschuss 5.9.2011).

Argumentationen von diesem und jenem Gremium zur
Vorzugswürdigkeit bestimmter technischer
Entsorgungsvarianten ersetzen nicht den Bedarf, eine Übersicht
über die im Raume stehenden Alternativen herzustellen und im
Hinblick auf gesellschaftliche Beurteilungsprozesse
aufzubereiten.

Dass dies bislang nicht geleistet wurde, können wir bedauern,
aber nicht nachträglich ändern. Mehr als bedauerlich ist es, wie
wenig diese versäumten Leistungen beklagt werden;
insbesondere im Kreis derjenigen, die das StandAG beschlossen
haben.

Wir müssen ihnen vermitteln:

**Aus der genauer zu entwickelnden und zu beschreibenden
Reihe der technischen Optionen (von tiefen geologischen bis
hin zu engineered storage-Konzepten) ergeben sich
Konsequenzen für die Beurteilung einer Mitarbeit in der jetzt
angestrebten Kommission:**

- 1. Wenn man das Spektrum der Alternativen und den
Stand ihrer bisherigen Aufarbeitung und dessen
Bedeutung für eine Kriterien-Arbeit nicht verstanden
oder nicht bedacht hat, kann man sich versehentlich zur
Mitarbeit in der Kommission entschlossen haben oder
entschließen.**
- 2. Wenn man diese Vielfalt und den Stand ihrer
Aufbereitung erst in der Kommissionsarbeit bemerkt,
sitzt man in einem Schiff auf falschem Kurs und gehört
zu einer Mannschaft, die mehrheitlich (oder?) eine
Präferenz für die tiefe geologische Variante verfolgt. (In
dieser Logik ist das Standortsuchgesetz angelegt.)**
- 3. Wenn man das Spektrum der Alternativen (inklusive der
nicht tiefen geologischen) für ein Scheinthema hält,
kann man in der Kommission mitarbeiten, darf aber
sicher sein, an jedem Standort, an dem man zu über-
oder untertägigen Untersuchungsprozessen aufläuft, auf
die berechnete Einrede von Bürgerinnen und Bürgern zu
stoßen, dass die Entscheidung für eine tiefen
geologische Vorgehensweise nicht in einem**

gesellschaftlichen Verständigungsprozess herbeigeführt wurde. Diesen Widerstand würden nicht nur Bürgerinnen und Bürger aus den Standortregionen entwickeln. Es würden sehr viele sein, die sich mit ihnen solidarisieren (These und persönliches commitment).

Zu 3: Kriterien.

- Um orientierende Kriterien für unseren Auswahlprozess zwischen verschiedenen Lageroptionen entwickeln zu können, müssen wir diese Lageroptionen zuerst einmal kennen.
- Für den faktischen Umgang mit dem Atommüll jenseits der derzeitigen Zwischenlagerung brauchen wir orientierende Kriterien. Es gibt Stimmen (z. B. Michael Sailer), die sprechen von „wissenschaftlichen Kriterien“. Das ist entweder wissenschaftlich falsch oder sprachlich unkorrekt und zeigt ein fehlendes Verständnis für den Charakter und die Architektur solcher Kriterien, mit denen wir orientierende Antworten auf transwissenschaftliche Fragen. Also auf Fragen, die nur gut mit wissenschaftlichem Wissen erarbeitet, durch dieses aber nicht beantwortet werden können, weil es immer um normative Aspekte geht.
- Handlungsleitende, in konkreten Prüfprozessen entscheidungsorientierende Kriterien müssen widerspruchsfrei zu validem wissenschaftlichem Wissen sein und zugleich normative, demokratisch legitimierte Elemente enthalten, mit denen die uns immer begleitenden Fragen beantwortet wird:
 - Wie sicher ist sicher genug?
 - Welche Risiken sind im Unterschied zu anderen akzeptabel?
 - Wie denken wir die Akzeptabilität von Risiken?
 - Welchen sicherheitsphilosophischen Verständigungsprozess haben wir erfolgreich durchgeführt?

- Wir gut müssen wir die Risiken kennen und gesellschaftlich vermittelt und kommuniziert haben, um zu demokratisch legitimierte Entscheidungen zu vorzugswürdigen Kriterien kommen zu können?

Kriterien brauchen wir

- a) In der Logik verschiedener technischer Optionen (also als Antwort auf die Frage, an welchen Kriterien wären verschiedene Lagerkonzepte in unterschiedlichen Gesteinen und auch nicht tiefen geologische zu orientieren, wenn sie in ihrer konzeptioneller Logik die richtigen orientierenden Kriterien zur konkreten Bewertung dieser Optionen in Prüfprozessen sein sollen?

Wir brauchen weiter

- b) Kriterien zum Umgang mit verschiedenen Kriterien-Sets zu diesen unterschiedlichen Konzepten und zum Umgang mit der Pluralität dieser Konzepte, um zu einer Vorzugswürdigkeitsentscheidung einer bestimmten Vorgehensweise kommen zu können.

– **Frage: Will hier irgendwer behaupten, dass in der StandAG-Zeitplanung bis Ende 2015 oder in der Verlängerung bis 2016**

- **die verschiedenen Lageroptionen in ihrer Vielzahl wissenschaftlich valide aufbereitet und gesellschaftlich vermittelt werden könnten (Phase I),**
- **verständigungsorientiert in der Gesellschaft beraten und geklärt werden könnten (Phase II), so dass wir (Phase III) zu demokratisch legitimierte Entscheidungen kommen könnten,**

die dann durch Ämter fachlich sauber zu bearbeiten wären?

Dies hat bislang noch niemand plausibel aufzeigen können. Wie soll man da positiv auf das Ansinnen reagieren, in einer Kommission mitzuarbeiten, die das Gebotene nicht leisten kann und schlimmstenfalls den Eindruck zu erwecken versucht, dass wir es einfacher mit weniger Rationalität und weniger demokratischer Legitimation versuchen könnten.

- Phase I: Kommissionsarbeit, orientiert an den genannten fünf Leistungszielen zur Ermittlung der gesellschaftlichen Verständigungsaufgaben zum Umgang mit dem Atommüll und zur Entwicklung von Arbeits-Modellen für die in der Phase II angestrebte gesellschaftliche Kommunikation.
 - Phase II: zwei bis drei Jahre gesellschaftliche Debatte an unzähligen Orten, orientiert an den aufgezeigten Verständigungsaufgaben.
 - Phase III: politische Kommission zur Auswertung der gesellschaftlichen Diskussion und zur Entscheidungsfindung.
- Dieses Grundmodell sollten wir vor Augen haben, wenn wir uns fragen: Was ist das StandAG-Modell im Lichte der von den Umweltverbänden vorgetragenen Kritik?
 - Wo ist die Vorbereitung zum Arbeitsprozess dieser StandAG-Kommission, die ja schon im vergangenen Jahr (gut vorbereitet???) anfangen sollte?

Das Arbeitsprozesskonzept ist bestenfalls ein Geheimpapier, vielleicht. Vielleicht aber gibt es auch kein Konzept oder nur die Idee, zwischen kontroversen Positionen zu vermitteln (worum es aber in der ersten Phase einer Kommission, die atommüllpolitische Verständigungserfolge herbeiführen soll, gar nicht geht).

- ... Lob der designierten Vorsitzenden (Ich will nicht über die Person sprechen sondern nur über dieses Lob.)
Das Lob argumentierte mit einer Fähigkeit, zwischen kontroversen Positionen gut vermitteln zu können. Diese Fähigkeit ist im Rahmen der positionellen Politik eine oft hilfreiche Kompetenz. Für eine sinnvolle erste Phase für eine Kommissionsarbeit kommt es primär aber auf anderes an, auf eine Managementkompetenz für kooperative Arbeitsprozesse orientiert an den fünf Leistungsfeldern. Diese sind tagtäglich aus ihrem Sinnzusammenhang, aus dem Telos, aus dem Zweck der angestrebten Arbeiten zu entwickeln.
- Wenn keine wohl begründeten und gut vermittelbaren Verständigungsaufgaben entwickelt werden, können die angestrebten gesellschaftlichen Verständigungsprozesse nicht gelingen und somit auch keine Voraussetzungen für breit getragene Entscheidungen erreicht werden. In diesem Zusammenhang kann die Bedeutung gelingender kooperativer Arbeitsprozesse zur Vorbereitung gesellschaftlicher Verständigungsprozesse überschätzt werden.
- Wo ist aufgezeigt worden, dass atommüllpolitische Verständigungsaufgaben systematisch erarbeitet und einer gesellschaftlichen Klärung zugeführt werden sollen?
- Stattdessen ist vom Namen bis zur erkennbaren Imprägnatur des Ganzen ein Standortsuchverfahren als Thema vorgesehen und keine atommüllpolitische Verständigung.
- Die Anlage der Kommission verletzt so schon die Leistungsziele eins und zwei, es wird kein Bild der Herausforderungen in seiner ganzen Komplexität ermittelt oder zu erarbeiten aufgegeben und die Standortfixierung mit der Fixierung auf tiefen geologischen Endlagerung ist keine faire und rationale Orientierung an der bislang nirgendwo systematisch aufgezeigten Mehrzahl von Wegen zum Umgang mit dem Atommüll.

IV

Ausblick 2014ff/Szenarien 2014ff

Szenario I

Der Gesetzgeber erkennt, dass das StandAG besser zurückzuziehen ist, weil es unter der falschen Überschrift zum falsch gerahmten Thema als Standortsuchgesetz für ein Endlager 2013 und anhaltend bis heute die falschen Fragen zur falschen Zeit in einer falschen Arbeitsstruktur mit falschen zeitlichen Vorgaben einem untauglichen Bearbeitungsversuch zuführen will – was niemand wollen kann, der im Umgang mit dem Atommüll jetzt überfällige Prozesse anstrebt, die an essentiellen Einsichten und Prinzipien für eine demokratische Atommüllpolitik orientiert sind.

Orientiert an diesen Einsichten und Prinzipien wird für den Umgang mit dem Atommüll eine neue Prozedur entwickelt, orientiert an dem Grundmodell von drei Phasen

- **Phase I:** Bildung einer Kommission, die die vorrangigen Aufgaben vorrangig einer Bearbeitung zuführt. Kommissionsarbeit (orientiert an den genannten fünf nicht beliebigen kooperativen Leistungszielen zur Ermittlung und Aufbereitung gesellschaftlicher Verständigungsaufgaben zum Umgang mit dem Atommüll und zur Entwicklung von Arbeit-Modellen für die in der Phase II angestrebte gesellschaftliche Kommunikation.
- **Phase II:** zwei bis drei Jahre gesellschaftliche Debatte an unzähligen Orten, orientiert an den aufgezeigten Verständigungsaufgaben.
- **Phase III:** ca. ein Jahr politische Kommission zur Auswertung der gesellschaftlichen Diskussion und zur Entscheidungsfindung.

Zu I: Erkundung und Aufbereitung gesellschaftlicher Verständigungsaufgaben zum Umgang mit Atommüll in einer Kommission /Bildung einer Kommission „Atommüll und gesellschaftliche Verständigungsaufgaben“.

Die Kommission erarbeitet

1. ein Bild der Herausforderungen, vor denen wir mit den zu klärenden kontroversen Denkweisen zum vorzugswürdigen Umgang mit Atommüll stehen und zeigt auf, was in welcher Reihenfolge in welchen Formen einer Bearbeitung zugeführt werden sollte.
2. der Einsicht folgend, dass die Summe kontroverser Positionen – wie wir sie bis dato vorfinden – kein Bild der bestmöglich aufbereiteten Alternativen ist, werden diese jeweils aus sich heraus (in der von ihnen gedachten Konstruktionslogik) bestmöglich für politische Bewertungsprozesse aufbereitet und öffentlich vermittelt. Zeitlich abgestimmt auf ENTRIA, so ENTRIA (was zu wünschen ist und mit dem Forschungsprogramm der Forschungsplattform derzeit angenommen werden darf und stetig zu überprüfen ist) second to none eine valide Aufbereitung der Optionen anstrebt und leistet.
3. Die Kommission ermittelt ferner, welche Ziele und Werte für Bewertungsprozesse genutzt werden können, so möglich in einem Katalog von Kernkonsensen, ansonsten in der wahrnehmbaren und denkbaren Pluralität und
4. Erhellte erkennbare normative/sicherheitsphilosophische Dissense durch Versuchen, deren Ursachen aufzuzeigen und öffentlich zu vermitteln.

In dieser Kommission sind VertreterInnen der Umweltverbände aktive Mitglieder.

Szenario II

StandAG wird 2014 mit Einsetzung der Arbeitsaufnahme der Kommission umgesetzt.

Die Umweltverbände begleiten diesen Arbeitsprozess mit kritischer Aufmerksamkeit und vermitteln diese öffentlich für

- nicht gestellte Fragen
- nicht geleistete Prozesse der rationalen Aufbereitung politisch bewertungsbedürftiger und bewertbarer technischer Alternativen
- für irrationale, willkürliche Entscheidungen, denen der Vorlauf gesellschaftlicher Willensbildung fehlt (an der die Parteien gemäß Grundgesetz mitwirken sollen)
- versäumte gesellschaftliche Rückkopplungsprozesse
- nicht rational erarbeitete Standortentscheidungen.

In der öffentlichen Konfrontation dieser Beiträge aus den Umweltverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen und der Arbeit der Kommission, die mit den Einwänden nicht gut umgehen können, entsteht über kurz oder lang vor Ende einer irrtümlich aufgenommenen Kommissionsarbeit eine neue Situation, in der dann verspätet im Sinne des Szenarios I nachgedacht wird.

Szenario III

StandAG-Prozess wird so wie es 2013 beschlossen wurde durchgezogen („Vertraut uns“).

Die Umweltverbände begleiten diesen Arbeitsprozess wie im Szenario II.

Spätestens im Jahr 2016 wird deutlich, dass wir v o r einer Revitalisierung gesellschaftlicher Widerstandsprozesse gegen staatliche Endlager-Planungen stehen.